

Rechte in Düsseldorf?

Die LINKE fordert ein Handlungskonzept gegen Rechts. Schwarz/Grün findet das überflüssig und boykottiert die Ratsentscheidung. **S.2**

Auf neuen Wegen

Die neue junge Fraktion der LINKEN ist am Start. Die ersten Aktivitäten haben stattgefunden. Was hat sie noch alles vor? **S.3**

Nix Konkretes

Der Kooperationsvertrag von Schwarz-Grün ist voller Prüfungen und Wünschen. Konkrete Aussagen fehlen. Eine Einschätzung. **S.6**

Sofort Wohnungen bauen

Wohnungen werden immer teurer. Gebaut wird aber zu wenig. Die LINKE stellte einen Antrag für den städtischen Wohnungsbau. **S.7**

Vor dem Virus sind nicht alle gleich



Foto: (CCO) pixabay/ Engin Akyurt

Corona und Armut

DIE LINKE Ratsfraktion zieht Bilanz

Der Schutz der eigenen Gesundheit ist auch in Deutschland immer noch eine Frage des Geldes. Besonders deutlich wurde diese Ungerechtigkeit, als im Frühjahr 2020 der erste Corona-Lockdown verhängt wurde: Die Kosten für Masken und Desinfektionsmittel schossen nach wenigen Wochen bereits in astronomische Höhe. Für eine einfache OP-Maske verlangten Supermärkte bis zu 10 Euro.

Die Sozialgerichte urteilten, dass Hartz-IV-Betroffene das Geld für Masken aus dem Regelbedarf bestreiten sollten. Wer schon vor Corona zu wenig Geld zum Leben hatte, war nun auch noch gezwungen, sich für viel Geld aus dem Regelbedarf gegen die Pandemie zu schützen oder schutzlos zu sein.

Die Bundesregierung und die Ministerkonferenz einigten sich im November 2020 darauf, dass ab Dezember vulnerablen Gruppen insgesamt 15 FFP2-Masken (rechnerisch eine pro Winterwoche) gegen eine geringe Eigenbeteiligung angeboten werden. Menschen mit wenig Geld wurden allerdings erneut von der Bundesregierung vergessen. Zu diesem Zeitpunkt kosteten zertifizierte FFP2-Masken immer noch über 5 Euro.

Eine Analyse des Instituts für Medizinische Soziologie des Universitätsklinikums Düsseldorf und der AOK Rheinland/Hamburg zeigte, dass Menschen im ALG-2-Bezug Anfang 2020 einem 84,1% höheren Risiko ausgesetzt waren, aufgrund einer Covid-19-Infektion in ein Krankenhaus eingeliefert zu werden. Für Berlin zeigten Statistiken, dass in den Bezirken umso mehr Covid-19 Erkrankungen auftreten, je mehr Erwerbslose oder Transferleistungsberechtigte dort leben.

Deshalb fragte DIE LINKE im Ausschuss für Gesundheit und Soziales nach den Statistiken für Düsseldorf. Die Antwort lautete, dass sich in Düsseldorf besonders viele Hochbetagte und Menschen in Pflegeeinrichtungen mit Covid-19 infizieren und auch daran sterben. Tatsächlich gehört aber auch der Bezug von Grundsicherung (SGB II/XII) oder ein Migrationshintergrund zu den Risikofaktoren. Besonders hoch sind die Infektionszahlen in Hasseld, Lichtenbroich Rath, Oberbilk, Eller, Lierenfeld und Holthausen.

DIE LINKE Ratsfraktion Düsseldorf stellte in der Ratssitzung im Dezember den Antrag, dass die Stadt 15 kostenlose FFP2-Masken für Inhaber:innen des

Düsselpass' bereitstellen soll. Zu diesem Zeitpunkt wussten wir noch nicht, dass ab Januar 2021 sogar eine Tragepflicht von medizinischen Masken gelten würde. Zu den Düsselpass-Inhaber:innen gehören Menschen, die Grundsicherung im Alter, Arbeitslosengeld II oder andere Sozialhilfeleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts beziehen. Auch Personen mit vergleichbar geringen Einkommen können ihn im zuständigen Servicecenter kostenlos beantragen.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt beschloss daraufhin im Januar einstimmig, dass alle Düsselpass-Inhaber:innen immerhin fünf kostenlose FFP2-Masken bekommen. Die Masken wurden automatisch per Post an die berechtigten Haushalte verschickt.

Seit Februar 2021 bekommen Hartz-IV-Bezieher:innen auch vergünstigte Masken von der Bundesregierung. Dafür brauchte die Bundesregierung ziemlich genau ein Jahr: Viel zu lange. Eine kostenlose Ausgabe von FFP2-Masken an Menschen, die mit Sozialhilfeleistungen auskommen müssen, ist nicht nur sozial geboten, sondern auch ein notwendiger Beitrag gegen die Ausbreitung von Covid-19.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wir freuen uns, dass Sie heute die neue Ausgabe des R(h)einblicks lesen. Die Zeitung der Ratsfraktion DIE LINKE Düsseldorf erscheint erstmals seit der Kommunalwahl. Schwarz-Grün regiert; Corona bestimmt immer noch den Alltag. DIE LINKE ist zur Kommunalwahl mit dem Ziel angetreten, Sozialkürzungen in Folge der Pandemie zu verhindern. Der R(h)einblick hält Sie dazu auf dem Laufenden. Unsere Leser:innen erfahren außerdem, welchen Unterschied LINKE Politik im Stadtrat macht. Sie erfahren von Lösungen brennender Probleme, lange bevor andere Fraktionen diese aufgreifen. Ein Beispiel ist die Wohnraumschutzsatzung, die Spekulation mit leerstehenden Wohnungen bestraft und die Vermietung von Wohnungen über Airbnb einschränkt: 2017 präsentierte DIE LINKE den Entwurf einer Satzung, 2019 beschloss der Stadtrat die Düsseldorfer Wohnraumschutzsatzung. In Zukunft wird es hoffentlich nicht so lange dauern, bis die Impulse der LINKEN wirksam werden.

In dieser Ausgabe des R(h)einblicks stellen wir Ihnen auch die Mitglieder der neuen Ratsfraktion DIE LINKE vor. Neue Gesichter und neue Ansätze, neue und alte Zusammenarbeit mit sozialen Organisationen und Initiativen in Düsseldorf werden die nächsten Ausgaben des R(h)einblicks prägen. Folgen Sie uns gerne auch auf Facebook, wenn Sie mit uns über das sozialere, solidarische Düsseldorf der Zukunft reden möchten.

Ihre R(h)einblick-Redaktion

Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Telefon 0211 - 89-95 123
Bürozeiten: Mo. - Do. von 10-14 Uhr

info@linksfraktion-duesseldorf.de
www.linksfraktion-duesseldorf.de
facebook.com/LinksfraktionDuesseldorf

36.869 Arbeitslose in Düsseldorf = 10,5 %

DIE LINKE Ratsfraktion Düsseldorf veröffentlicht monatlich die tatsächliche Arbeitslosenzahl für Düsseldorf. Dies ist notwendig, da die offizielle Arbeitslosenzahl kein Abbild der Wirklichkeit ist. Um die Anzahl der Arbeitslosen niedriger darzustellen, wird bei der offiziellen Zahl ein großer Teil der Arbeitslosen einfach herausgerechnet. So werden Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben, von privaten Arbeitsvermittlern betreut werden oder an Weiterbildungen teilnehmen, nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslosen, die älter als 58 Jahre sind, erscheinen ebenfalls nicht in der offiziellen Zahl. Durch diese Tricks verändert sich die Arbeitslosenzahl stark: Die offizielle Zahl in Düsseldorf lag im April 2021 bei 28.568 (offizielle Arbeitslosenquote 8,3 Prozent). Entnommen wird diese Zahl dem monatlich erscheinenden Bericht der Bundesagentur für Arbeit. In den Anlagen des Berichts findet sich jedoch auch die Zahl der „Unterbeschäftigung im engeren Sinne“, aus der die oben genannten Gruppen nicht herausgerechnet sind. Diese tatsächliche Arbeitslosenzahl liegt mit 36.869 um 8.301 Personen höher als die schön gerechnete, offizielle Zahl. Dort wird ebenfalls aufgeführt, dass lediglich 3.940 freie Arbeitsstellen im Januar gemeldet waren. In dieser Zahl sind auch Stellen enthalten, die nicht sozialversicherungspflichtig und keine Vollzeitstellen sind.

Die genauen Zahlen finden Sie auf unserer Webseite:
www.linksfraktion-duesseldorf.de

Zwangsräumungen verhindern

Eine bezahlbare Wohnung in Düsseldorf zu finden, ist äußerst schwer. Wohnungslos wird man dagegen ganz einfach. Verliert der Partner den Job oder man selbst den Nebenjob, wird es finanziell schnell eng. Dann kommt vielleicht noch eine drastische Mieterhöhung hinzu, nachdem das Haus den Eigentümer gewechselt hat. Und schon beginnen sich die Mietschulden zu türmen. Im schlechtesten Fall folgt irgendwann die Räumungsklage. Ein wichtiges Angebot des Wohnungsamtes ist deshalb die Beratungsstelle für Wohnungsnotfälle. Sie versucht, das Mietverhältnis zu retten. Damit sie mehr Menschen helfen kann, beantragte DIE LINKE zwei zusätzliche Personalstellen. Das wurde in der Haushaltsberatung allerdings von den anderen Ratsfraktionen abgelehnt.

Rassismus und rechter Extremismus

Stadtrat sieht keinen besonderen Handlungsbedarf

Im Februar 2020 stimmte der Düsseldorfer Stadtrat dem Antrag der LINKEN für ein Handlungskonzept gegen Rechts, Rassismus und Antisemitismus zu. Die demokratischen Parteien waren sich darüber einig, dass ein kommunales Konzept nötig ist, welches Empfehlungen für

Bedarfsanalyse. Ergänzt wurde dies um einen beschreibenden Einblick zur sozialräumlichen Struktur der Stadt und zum Wahlverhalten. Zusammen mit kommunalen Stellen und Akteuren aus der Zivilgesellschaft wurden Handlungsempfehlungen erarbeitet.



Der Kampf gegen Rechts bleibt leider weiterhin aktuell

Foto: (CC BY 2.0) flickr/Die LINKE/Bianca Theis

die Verwaltung, städtischen Institutionen und die Zivilgesellschaft im Umgang mit Rechtsextremismus und Rassismus gibt. Zur Erstellung sollten Stadtverwaltung, Wissenschaft und engagierte Bürger:innen und Initiativen wie 'Düsseldorf stellt sich quer' zusammenarbeiten.

Die CDU (!)-geführte Stadt Oberhausen hatte es vorgemacht. Kern des dortigen Handlungskonzeptes war eine Beschreibung der aktuellen Problemlage zum Thema „Rechtsaußen in Oberhausen“ sowie eine beteiligungsorientierte

Hier in Düsseldorf mauerte jedoch schon die Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP, trotz des eindeutigen Beschlusses.

Auf Anfrage der LINKEN kam Ende letzten Jahres heraus, dass die Stadtverwaltung den unmissverständlichen Arbeitsauftrag als bloße Aufforderung verstand, bestehende Projekte gegen Rassismus und „Extremismus“ aufzulisten. Dabei zeigte sich, dass unsere Kritik vollkommen richtig ist. Aufgezählt sind einzelne Projekte, die ohne Bezug aufeinander,

stattfinden. Ein Konzept ist nicht ersichtlich. Auch Gespräche der Stadt mit Initiativen gegen Rechts fanden nicht statt.

Da die Stadtverwaltung keinerlei Anstrengungen in Richtung eines Handlungskonzeptes gemacht hatte, beantragte DIE LINKE Ratsfraktion für den Haushalt 2021 zwei Vollzeitstellen zur Erarbeitung und Umsetzung des Handlungskonzeptes gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Ein Jahr nach dem Anschlag in Hanau, der genauso auch in Düsseldorf stattfinden könnte, war die Empörung über die wachsende Gefahr durch Rechtsextremist:innen verfliegen und der Antrag fand keine Mehrheit im Stadtrat.

Dabei ist ein Handlungskonzept für Düsseldorf weiterhin dringend notwendig. Das zeigen auch die Zahlen rechter Straftaten in Düsseldorf. Trotz der Coronabedingten Einschränkungen gab es 2020 in Düsseldorf 210 Straftaten von Rechten (2019=234), darunter waren 13 Körperverletzungen und vier Androhungen von Gewalt zu verzeichnen. Zwei Körperverletzungen hatten einen antisemitischen Hintergrund.

Damit ist Düsseldorf weiterhin ein Hotspot rechter Aktivitäten in NRW und liegt zusammen mit Köln (211 Straftaten) an der traurigen Spitze. Es ist also dringend Zeit, dies zu ändern. Da ist auch die Kommune gefragt und muss endlich die Forderung nach einem Handlungskonzept umsetzen.

Straßennamen und ihre Bedeutung

Umbenennungen sind in Vorbereitung

Der R(h)einblick berichtet regelmäßig über Düsseldorfer Straßennamen, mit denen Kolonial- und Naziverbrecher oder ihre Unterstützer geehrt werden. Die Ratsfraktion DIE LINKE hatte im Kulturausschuss die Initiative gestartet, alle Namen von Straßen und Plätzen auf problematische Hintergründe oder Bezüge zu überprüfen. Belastete Straßennamen sollen umbenannt werden.

Frauenamen brauchen die Düsseldorfer Straßen

Letztendlich wurden zu 79 Straßennamen Gutachten verfasst. Im Januar 2020 schlug der damit befasste Beirat vor, bei 36 Straßennamen Änderungen vorzunehmen. 12 Straßen sollten umbenannt werden, bei den anderen sollten erklärende Zusatzschilder angebracht werden. DIE LINKE war mit dem Ergebnis nicht zufrieden, denn auch bei den Straßennamen, die nicht umbenannt werden sollen, finden sich u.a. Kriegsverbrecher bzw. äußerst problematische

Namen. Für die LINKE in Düsseldorf ist damit die Initiative zur Umbenennung noch nicht beendet.

In der Ratssitzung im März legte die Verwaltung endlich eine Vorlage vor, um elf Straßen umzubennen. Dazu wurde jedoch Beratungsbedarf von der CDU angemeldet, um daraus einen interfraktionellen Antrag zu formulieren. Es ist davon auszugehen, dass die LINKE erneut ausgegrenzt wird, trotzdem sie überhaupt erst das Ganze ins Rollen gebracht hatte.

Zur der Ratssitzung hatte die LINKE einen Änderungsantrag gestellt, dass die vorgeschlagenen Straßen nach Frauen benannt werden. Die Straßen, die einen kolonialgeschichtlichen Hintergrund haben sollen nach Frauen* umbenannt werden, die sich in den Ländern des globalen Südens gegen das koloniale Regime eingesetzt haben. Soweit Straßen nach Profiteuren und Günstlingen des Nazi-Regimes benannt sind, werden sie bei der Neubenennung nach Düsseldorfer



Die Düsseldorfer Widerstandskämpferin Maria Wachter braucht eine Straße

Foto: Mahn- und Gedenkstätte D' dorf

Widerstandskämpferinnen umbenannt.

Aufgrund einer Anfrage der LINKEN im Gleichstellungsausschuss zeigte sich nämlich, dass Frauen bei Straßennamen deutlich unterrepräsentiert sind. Von 923 nach Personen benannten Straßen in Düsseldorf tragen nur 84 Frauennamen.

Neue Fraktion, neue Wege

Das linke Projekt im Düsseldorfer Stadtrat

Jünger ist sie teilweise geworden, aber was macht DIE LINKE im neuen Düsseldorfer Stadtrat anders? „Düsseldorf steht vor den bekannten Herausforderungen“, sagt Co-Fraktionssprecherin Julia Marmulla, „aber wir haben neuen Schwung und neue Ideen! Während die aktuelle schwarz-grüne Mehrheit fast nichts gegen die steigenden Mietpreise unternehmen möchte, ist für DIE LINKE bezahlbarer Wohnraum eine absolute Priorität. Wir werden aufzeigen, welche wohnungspolitischen Instrumente genutzt werden können, um die Mietpreise zurückzudrehen.“

Als es im Stadtrat um den Beschluss über den städtischen Haushalt für 2021 ging, sah man, dass alle Anträge für ein politisches Umsteuern kamen von der LINKEN: Ein Rheinbahn-Ticket für 30 Euro im Monat, eine Offensive für städtischen Wohnungsbau, ein Budget für Projekte von Einwohner:innen, entschiedene Investitionen in den Radverkehr und ein städtisches Programm zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus.

Marmulla hat bereits das Wahlprogramm der LINKEN teilweise mitge-

schrieben, ebenso ihr Fraktionskollege Marcus Flemming. Der Ton des Programms erhob den Anspruch, Vorhaben auch umzusetzen. Wie soll das in der Opposition gehen? Flemming: „Wir stellen so gute Anträge, dass Ablehnungen schwer zu begründen sind. Unser Ziel ist eine Stadt, die sich alle leisten können; das müsste jeder unterschreiben können.“

Co-Fraktionssprecherin Anja Vorspel: „Gerade die Grünen, die jetzt in einer Liebesheirat mit der CDU regieren, treiben wir ganz schön in die Enge. Wenn sie wegen der CDU umweltpolitisch wichtige Anträge ablehnen müssen, ist der progressive Lack ganz schnell ab.“

Der sozialpolitische Sprecher der LINKEN Ratsfraktion, Helmut Born, gibt einen Überblick über die „dicken Bretter“, die seine Fraktion in den nächsten Jahren bohren wird:

„Als sozialistische Fraktion wollen wir das Leben der Düsseldorferinnen und Düsseldorfer verbessern, die am Wochenende nicht mit dem Sportwagen

bei Cartier vorfahren. Ein besseres Leben bedeutet anständige Löhne, günstige Wohnungen, einen umlagefinanzierten ÖPNV, gute Luftqualität, ein selbstbestimmtes Leben. Angesichts der finanziellen Folgen von Corona für die Stadt ist es wichtig, Prestigeprojekte zu stoppen



und das Geld beispielsweise in städtische Wohnungen zu investieren. Die Stadt soll allen Menschen gehören, die Politik muss das durchsetzen.“

Neben den vier gewählten Ratsmitgliedern arbeiten 40 Düsseldorfer:innen in den Fachausschüssen des Stadtrates an der Umsetzung einer linken Politik für die Stadt Düsseldorf.

Vier LINKE für Düsseldorf

Für DIE LINKE sitzen neue Gesichter im Stadtrat. Hier wollen wir sie kurz vorstellen!



Julia Marmulla

Unsere Co-Sprecherin **Julia Marmulla** ist neues Ratsmitglied für DIE LINKE im Düsseldorfer Stadtrat. Sie ist 32 Jahre alt und arbeitet neben ihrem Mandat als Tourismusberaterin für barrierefreies Reisen. Ihre berufliche Expertise im Bereich Barrierefreiheit und Inklusion nutzt Julia zum Beispiel als Mitglied im Ausschuss für Wohnungswesen und Modernisierung. Hier setzt sie sich auch für ein Ende der Mietexplosion und für mehr bezahlbaren Wohnraum durch die städtische Wohnungsgesellschaft ein.

Anja Vorspel ist unsere zweite Co-Sprecherin und zum zweiten Mal Mitglied des Stadtrats für die Fraktion DIE LINKE. Anja ist 60 Jahre alt und neben ihrem Mandat als Buchhändlerin in einem kleinen Buchladen in Bilk tätig. Seit Jahren ist Anja engagierte Verkehrswende- und Fahrrad-Aktivistin in Initiativen wie dem ADFC. Dieses Engagement verbindet sie mit ihrer Mitgliedschaft im Ordnungs- und Verkehrsausschuss. Hier setzt sie sich für eine klimagerechte und sichere Mobilität ein.



Anja Vorspel



Helmut Born

Helmut Born sitzt seit dem letzten Jahr erstmalig im Düsseldorfer Stadtrat. Er ist 69 Jahre alt und ehemaliger Betriebsratsvorsitzender von Kaufhof Am Wehrhahn. Seinen gewerkschaftlichen Hintergrund und sein Engagement in vielen sozialen Bewegungen verwendet Helmut im Ausschuss für Gesundheit und Soziales. Hier setzt Helmut sich für ein bezahlbares Sozialticket ein, für ein Ende der Straßenobdachlosigkeit und die Abschaffung von sozialen Sanktionen, wie z.B. Stromsperrern.

Marcus Flemming ist ebenfalls zum ersten Mal Ratsmitglied im Düsseldorfer Stadtrat. Der 34-Jährige ist gelernter Ökonom und hat eine Bürgerinitiative für eine Verkehrswende zusammen mit anderen Aktivist:innen gegründet. Marcus lässt seine Wirtschaftsexpertise in die Arbeit im Ausschuss für Wirtschaftsförderung, internationale und regionale Zusammenarbeit einfließen. Hier setzt er sich für eine umfassende Förderung der Unternehmensgründung von Frauen ein und will den Ausverkauf von städtischen Grundstücken verhindern.



Marcus Flemming

Flughafen auf Schrumpfkurs

Weniger Geschäftsreisen, geschlossene Ferienhotels, weniger Flüge – Corona trifft auch die Flughäfen. Die zur Hälfte städtische Flughafen-gesellschaft Düsseldorf meldet 70 Prozent weniger Flüge in 2020 und rechnet auch für 2021 nur mit 50 Prozent des „normalen“ Flugaufkommens. Die Geschäftsführung der Flughafen-gesellschaft reagierte mit Entlassungen. Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaft ver.di machten vergeblich Druck auf den Stadtrat und richteten Bitten an Oberbürgermeister Keller: Die Stadt nutzte ihren Anteil an der Flughafen-gesellschaft von 50 Prozent nicht dazu, Kündigungen zu verhindern. Stattdessen richtete der Stadtrat am 18. März einen unverbindlichen Appell an die Geschäftsführung – und an die eigenen Vertreter:innen im Aufsichtsrat – die Möglichkeit des Kurzarbeitergelds zu nutzen und im Falle von Entlassungen einen Sozialplan aufzustellen. DIE LINKE Ratsfraktion stellte dazu einen Änderungsantrag; sie forderte eine Beschäftigungsgesellschaft, die bis wenigstens 2025 für Weiterbildung und Weiterqualifizierung sorgen sollte. Das lehnten die anderen Fraktionen ab.

Mit Rollstuhl keine Wohnung

Rollstuhlfahrer:innen berichten, dass sie teils jahrelang auf Vermittlung einer rollstuhlgerechten Wohnung warten müssen. DIE LINKE Ratsfraktion fragte im Düsseldorfer Wohnungsausschuss nach. In der März-Sitzung antwortete das Wohnungsamt, dass die Städtische Wohnungsbaugesellschaft SWD ganze acht Wohnungen in drei Jahren rollstuhlgerecht gebaut hat. Von anderen Wohnungsgesellschaften wurden vier geförderte, rollstuhlgerechte Wohnungen fertiggestellt. In der April-Sitzung fragte DIE LINKE nach, ob Besserung in Sicht ist. Leider war die Antwort für Rollstuhlfahrer:innen niederschmetternd: Bis einschließlich 2025 plant die SWD zwei rollstuhlgerechte Wohnungen fertigzustellen. Für alle Wohnungsgesellschaften zusammen, ist neues Baurecht für 20 Wohnungen geplant. Rollstuhlgerechte Wohnungen müssen höhere Anforderungen als andere barrierefreie Wohnungen erfüllen, von denen in den nächsten Jahren 729 gebaut werden sollen. Es ist schwer begreiflich, dass die Städtische Wohnungsbaugesellschaft nicht mehr rollstuhlgerechte Wohnungen plant. Auftrag der SWD ist, für alle Bevölkerungsgruppen Wohnraum zu schaffen.

Mittagessen für Schüler:innen in Quarantäne

Weil der Mindestlohn zu niedrig ist und Sozialleistungen kaum zum Leben reichen, brauchen Kinder aus Familien mit geringem Einkommen Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket. Dazu zählt auch ein warmes, kostenloses Mittagessen für Schüler:innen. Müssen sich Schüler:innen coronabedingt in Quarantäne begeben, entstehen für die betroffenen Familien Mehrkosten. Denn das Schulessen erreicht diese Schüler:innen nicht, obwohl sie auch zuhause eine warme Mahlzeit dringend brauchen. In der Vergangenheit wurden den betroffenen Schüler:innen für das weggefallene kostenlose Mittagessen lediglich Ersatzleistungen gewährt, wenn die ganze Schule geschlossen war. Dies darf sich für den Fall zukünftiger Quarantäneverordnungen nicht wiederholen. Deshalb beantragte DIE LINKE im städtischen Schulausschuss, dass bis zum Wiederbeginn des reinen Präsenzunterrichts Betroffene ein warmes kostenloses Mittagessen bekommen. Das Mittagessen sollte als Bring- oder Abholleistung allen Schüler:innen zur Verfügung gestellt werden. Auch unter Corona-Bedingungen muss die Versorgung mit einem kostenlosen, warmen Mittagessen gewährleistet werden. Nun wird die Stadtverwaltung tätig und kontaktiert diesbezüglich das Schulministerium.

Schutzrüstung für Hebammen

2020 wurden Hebammen statt Mitte März erst sechs Wochen später als systemrelevante Berufsgruppe eingestuft. Dann wurde deutlich nicht genügend Schutzkleidung bei der Versorgung von Schwangeren zur Verfügung stand. Sie waren auf Unterstützung der Kommunen angewiesen, da die Preise dafür in der ersten Hälfte von 2020 extrem in die Höhe schnellten. Noch im Juni 2020 wurde im Gleichstellungsausschuss auf die nicht vorhandene Unterstützung durch das Gesundheitsamt hier in Düsseldorf hingewiesen. Dort wurde unbürokratische Hilfe versprochen. Auf Nachfragen der LINKEN im Januar 2021, kam heraus, dass immer noch keine Schutzrüstung geliefert wurde. Das wollten wir mit einer Anfrage der LINKEN im Gleichstellungsausschuss bestätigt wissen. Derart bloßgestellt, lieferte das Gesundheitsamt prompt ein kleines Budget von einmalig 30 Schutzbrillen, 100 Schutzkitteln und 100 FFP2 Masken.

Perspektive für Künstler:innen im Sommer

LINKE fordert mehr Kulturangebote für Kinder und Jugendliche im Freien

Kunst und Kultur sind gesellschaftsrelevant. Sie helfen uns, unterschiedliche Perspektiven auf unser Miteinander, auf unsere Lebens- und Konsumweisen sowie auf unsere Werte zu werfen und diese zu hinterfragen. Doch trotz dieser wichtigen Funktion findet Kultur oftmals unter prekären Bedingungen statt, dass jede Krise für viele Künstler:innen sowie Kulturschaffende existenzbedrohend wird. Die Corona-Krise hat zur Folge, dass zahlreiche Künstler:innen der freien Kunst- und Kulturszene seit mehr als einem Jahr ihrem Beruf nicht mehr nachgehen können. Die Auswirkungen dieser Entwicklung sind schwerwiegend. Viele Künstler:innen stehen am finanziellen Abgrund und ihre ohnehin oftmals prekäre Situation spitzt sich weiter zu. Es droht nicht nur der Verlust der vielfältigen Kulturlandschaft sondern auch der Verlust der Lebensqualität in der Stadt: Kultur findet mit den Menschen vor Ort statt, die Stadtgesellschaft braucht die alternative Kunst- und Kulturszene. Wir brauchen Kultur – und Kultur braucht uns.

Der Sommer naht und wir befinden uns immer noch inmitten der Pandemie. Auch für Kinder und Jugendliche ist die aktuelle Situation sehr belastend. Für sie trägt die Stadt eine besondere Verantwortung. Deshalb stellte DIE LINKE Ratsfraktion im Stadtrat einen Antrag, der darauf abzielte, das städtische Programm des „Düsseldorfer Heimatsommers“ zu erweitern. Ein von Künstler:innen der freien Szene entworfenes, niedrigschwelliges, kostenfreies Mitmachprogramm für Kinder und Jugendliche, welches zur spontanen Teilnahme geeignet ist. Künstler:innen sollten dabei pro Aktionstag ein Honorar, bei greifenden Corona-Beschränkungen ein Ausfallhonorar erhalten. Die Stadt sollte bei Planung und dem Aufstellen notwendiger Hygiene-Konzepte unterstützend tätig

werden. Der Stadtrat stimmte darüber nicht ab. Unser Antrag wurde zur Abstimmung an den städtischen Kulturausschuss überwiesen. Dort wurde er von der CDU-Grünen Kooperation abgelehnt.



Leider werden die Möglichkeiten um Kulturschaffende, Kinder und Jugendliche, zumindest im Sommer eine Perspektive zu geben, nicht genutzt. Es bedarf innovativer und rasch umzusetzender Ideen. Dafür wird sich DIE LINKE Ratsfraktion weiterhin einsetzen.

Zwangsräumungen trotz Corona

Das Profitinteresse kennt kein Virus

Wer hätte gedacht, dass wir jemals so viel Zeit am Stück in unseren Wohnungen und Häusern verbringen? Das Pandemie-Jahr 2020 war von dem Appell geprägt, doch bitte zuhause zu bleiben. Von Hashtags wie #stayathome bis zu tatsächlichen Ausgangssperren wie in Italien oder China – das Gebot der Pandemie-Stunde war die Selbstisolation in den eigenen vier Wänden. Dabei ist Wohnraum in Düsseldorf bekanntlich ein Thema für sich. Sozialwohnungen fehlen in der Stadt an allen Ecken und Enden. Die Miete bedeutet in Düsseldorf für viele Einwohner:innen auch außerhalb der Pandemiezeit eine horrende monatliche Ausgabe. Dabei kommen die staatlichen Unterstützungszahlungen für all diejenigen, die aufgrund der Pandemiebeschränkungen ihrer Arbeit nicht mehr nachgehen können, erst nach Monaten auf den Konten der Menschen an.

Im März 2020 kündigten Wohnungskonzerne wie die LEG oder Vivawest in der Presse an, dass sie während der Corona-Pandemie auf Zwangsräumungen verzichten würden. Die Bundesregierung entschied im selben Zeitraum, dass Mieterinnen und Mietern in der Corona-Krise nicht wegen Mietschulden gekündigt werden dürfe. Die Regelung galt jedoch lediglich für Mietschulden von April bis Ende Juni 2020. Es muss an dieser Stelle vermutlich nicht extra erwähnt werden, aber die Pandemie dauert aktuell und voraussichtlich noch lange an. Das Mo-

ratorium gegen Zwangsräumungen von Mietwohnungen war demnach viel zu kurz und eher eine Form von Schaufenster-Aktionismus als eine ordentliche Unterstützung von Mieterinnen und Mietern.

Zwangsräumungen sind untragbar und besonders in Zeiten einer globalen Pandemie ein menschenverachtendes Mittel, um Geld einzutreiben.

In den letzten Jahren hatte sich die Zahl der Zwangsräumungen in Düsseldorf bei rund 600 Fällen pro Jahr eingependelt.



Spitzenreiter war 2018 die LEG mit über 120 Zwangsräumungen, obwohl sie nur einen verhältnismäßig kleinen Marktanteil in Düsseldorf hat. DIE LINKE Ratsfraktion Düsseldorf erfragte deshalb auch für das Jahr 2020 die durchgeführten Zwangsräumungen in der Stadt Düsseldorf. Die Zahlen sind erschütternd: Jeden Monat wurden in Düsseldorf durchschnittlich über 40 Haushalte zwangsgeräumt. Sogar in den Wintermonaten Januar, Februar, November und Dezember 2020

wurden teilweise weit über 30 Wohnungen geräumt. Vermieter haben damit im Jahr 2020 insgesamt 488 Zwangsräumungen vor Gericht durchgesetzt. 122 betroffene Düsseldorferinnen und Düsseldorfer mussten in Notunterkünften untergebracht werden. Die städtische Beratungsstelle für Wohnungsnotfälle hat laut der Stadtverwaltung im Jahr 2020 insgesamt 68 Haushalten mit 122 Personen die Unterbringung in einer Notunterkunft verbindlich angeboten. Bei 1.653 beendeten Wohnungsnotfällen im betreffenden Jahr entspricht dies einer Unterbringungsquote von 4,1 %.

Mitten im Frühjahrs- und Winter-Lockdown 2020 wurden Menschen auf die Straße gesetzt und wegen Mietschulden in die Obdachlosigkeit entlassen. Trotz der Appelle der Bundesregierung und der Scheinversprechen großer Wohnungskonzerne. Am schlimmsten ist, dass auch die städtische Wohnungsgesellschaft SWD elf Zwangsräumungen durchgesetzt hat. Das verträgt sich nicht mit dem Auftrag einer städtischen Wohnungsgesellschaft.

Oberbürgermeister Keller setzt keine Impulse in der Wohnungspolitik; ein Plan für bezahlbaren Wohnraum ist nicht vorhanden. Genau wie sein Vorgänger Thomas Geisel vor ihm, setzt er ausschließlich auf finanzielle Anreize für Investoren; der Markt soll es richten. Das hat bisher nicht funktioniert und das wird in Zukunft nicht funktionieren. Düsseldorf braucht eine städtische Wohnungsbau-Offensive.

Die schöne neue Corona-Demokratie

Die Gefahr des Corona-Virus – die Gefahr der Schutzmaßnahmen

Die Corona-Pandemie hat auch vor dem Stadtrat nicht Halt gemacht. Lebt die Demokratie doch eigentlich vom Gespräch und der öffentlichen Debatte, ist durch verschiedene Auflagen und Beschränkungen im Düsseldorfer Stadtrat beides stark eingeschränkt. Die Ansteckungsgefahr soll unter anderem dadurch reduziert werden, dass Gremien kürzer tagen. Um die Sitzungsdauer des Rates zu begrenzen, werden in Düsseldorf viele Beschlüsse auf den Haupt- und Finanzausschuss delegiert. Anfragen der Fraktionen werden von der Verwaltung nur noch schriftlich beantwortet, um die Gremiensitzungen möglichst kurz zu halten. Dabei sollen Anfragen doch gerade eine Debatte im Gremium auslösen, damit bestimmte Themen mehr Presseöffentlichkeit und politische Aufmerksamkeit erhalten.

Eingeschränkte Demokratie

Zusätzlich finden die Ratssitzungen zur Einhaltung des Mindestabstands bereits in der großen Stadthalle an der Messe oder im ISS Dome statt. Vor jeder Sitzung werden Covid-Schnelltests angeboten – die Corona-Verharmloser der AfD verweigern jedoch den Test. Um die Sitzabstände zwischen den Ratsmitgliedern zu vergrößern, wird auch die Zahl der Teilnehmenden über eine Vereinbarung verkleinert. Dabei nehmen die Fraktionen nur in einer proportional reduzierten Besetzung an den Ratssitzungen teil. Diese Reduzierung führt gerade bei



den kleinen Fraktionen im Zweifel dazu, dass ihr Stimmgewicht nicht mehr korrekt abgebildet wird – schließlich lässt sich eine Fraktion mit beispielsweise vier Mitglieder nicht um ein Drittel verkleinern.

Parlamentarische Kontrolle ade

Ende April 2021 bewegte sich die Wocheninzidenz in Düsseldorf wieder um den Wert von 150. Daraufhin wurden einige Gremiensitzungen vollständig abgesagt. Diesen Schritt ging die Stadt zuletzt am Anfang der Pandemie 2020 und bei einer deutlich geringeren Neuinfektionsrate. In diesem Zeitraum wurde die Arbeit der Kommunalparlamente in ganz Nordrhein-Westfalen massiv eingeschränkt. Die parlamentarische Kontrollfunktion konnte nur noch durch Sitzungen einzelner Gremien wie dem Ältestenrat oder dem Haupt- und Finanzausschuss aufrechterhalten werden. Ein Zustand, der von der LINKEN scharf kritisiert wurde. Auch in einer Pandemie-Situation kann und muss Demokratie funktionieren.

Das Handeln von Regierungen und Verwaltungen muss immer demokratischer Kontrolle durch Parlamente unterliegen. Deshalb lehnt DIE LINKE Ratsfraktion die Delegation von Entscheidungen an den Haupt- und Finanzausschuss ab. Die Demokratie darf nicht in den Lockdown. Das gilt für den Bundestag als Parlament genauso wie für den Stadtrat in Düsseldorf. Zu den Selbstbeschränkungen

auf kommunaler Ebene kommt auch eine Machtverschiebung nach oben. Wenn der Bundestag über eine Änderung des Infektionsschutzgesetzes die Mitsprache der Bundesländer und der Kommunen bei der Pandemie-Bekämpfung aushebelt, ist das kein guter Tag für die demokratische Gewaltenteilung.

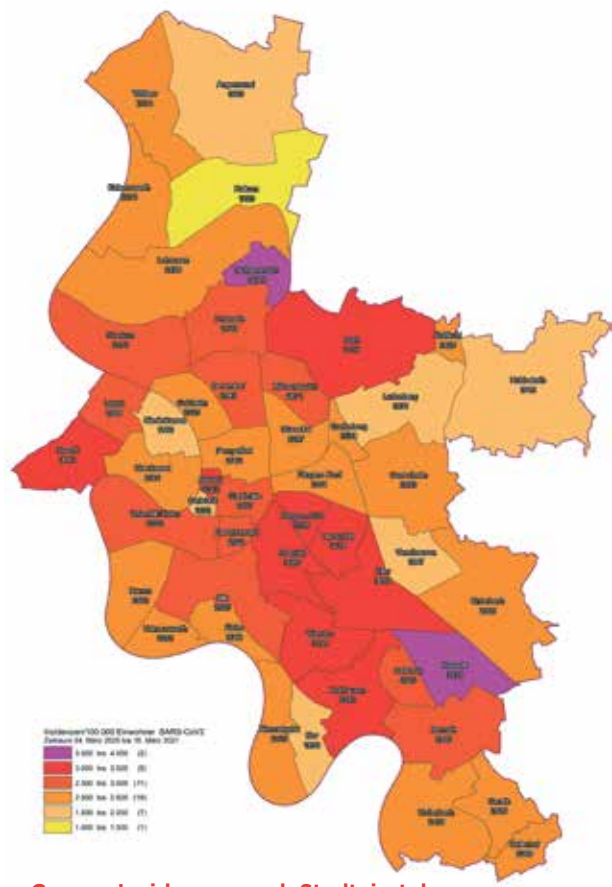
Kritik Ja, schwurbeln Nein

Die Kritik an Corona-Schutzmaßnahmen wird von der Querdenker-Szene mit Verschwörungstheorien und der Leug-



nung von Gefahren vermischt. Das mag verunsichern. Dabei gibt es Grund zur Kritik: Durch das vierte Infektionsschutzgesetz gibt es in vielen Städten in NRW nächtliche Ausgangssperren, um das Infektionsgeschehen zu reduzieren.

Gleichzeitig bleiben viele Arbeitsplätze ansteckungsgefährlich und Unternehmen weitestgehend verschont. Sie müssen Beschäftigten nicht einmal die Arbeit aus dem Homeoffice ermöglichen. Busse und Bahnen sind jeden Tag brechend voll mit Pendler:innen. Die Verhältnismäßigkeit und Ausrichtung der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung muss deshalb diskutiert und auch kritisiert werden. Das Virus kann auch ein Anlass sein, die Machtverhältnisse in Frage zu stellen.



Corona-Inzidenzen nach Stadtvierteln
Grafik: Stadt Düsseldorf

Ausbau des Radwegetzes bleibt auch unter Schwarz-Grün armselig

Seit 2009 fordert DIE LINKE Ratsfraktion, den Etat für Radwege zu erhöhen. Auch für 2021 ist der aktuelle Haushalt mit insgesamt 1.155.039 Euro für eine Stadt von der Größe Düsseldorfs schlichtweg zu wenig. Davon sind allein 445.000 Euro für einen Fahrradparkturm am S-Bahnhof Bilk verplant. Das ist eine verschleierte Kürzung im Etat Radwegeausbau.

Gerade in 2020 hat sich gezeigt, dass viele Düsseldorfer:innen auf das Fahrrad umsteigen. So wurden die Gefahren und die unausgereifte Durchführung des Radhauptnetzes für viele deutlich. Die Radwegplanung bleibt ein Flickenteppich, denn es wird schlicht und einfach viel zu wenig in die Infrastruktur investiert. Dass die Verwaltung sich zur Verkehrswende bekennt, macht noch keinen sicheren Radinfrastruktur. DIE LINKE fordert daher eine Investition von mindestens 10 Euro pro Einwohner:in in gute und sichere Radwege. Kopenhagen investiert 35 Euro, Düsseldorf aktuell 0,90 Euro. Verkehrswende geht anders.

Verwaltung verweigert den Bau der ersten Protected Bike Lane

Eine Protected Bike Lane (PBL) ist ein geschützter Radstreifen auf der Fahrbahn.

Die Düsseldorfer Verkehrsdezernentin Cornelia Zuschke und Verkehrsamtsleiter Florian Reeh hatten am 3.11.2020 „Düsseldorfs erste Protected Bike Lane“ für den gesamten Bereich der Straße Am Trippelsberg angekündigt.

Nach dem Beschluss vom 27.05.2020 sollte die Umsetzung der PBL noch im vergangenen Jahr beginnen, die Schutzelemente im Januar 2021 aufgebracht werden. Weil das nicht umgesetzt wurde, fragte DIE LINKE im März 2021 im Ordnungs- und Verkehrsausschuss nach und deckte auf, dass die dort ansässigen Unternehmen weiter ihre Lastwagen auf der Straße parken wollten und deshalb Klage beim Verwaltungsgericht eingereicht hatten. Diese Klage wurde aber schon im Januar 2021 abgewiesen. Daher könnte man die PBL umsetzen. Die Verwaltung entdeckte plötzlich ihr Herz für die ansässigen Firmen und verweigert bisher den Bau der PBL. Einen Rechtsanspruch auf Parkplätze für LKWs im öffentlichen Straßenraum gibt es nicht!

Personal verliert gegen die Digitalisierung

Die neue Ratslegislaturperiode bringt einige Neuerungen mit sich. Unter anderem wurde ein neuer städtischer Ausschuss gebildet: der Ausschuss für Digitalisierung. Dieser soll sich in den nächsten Jahren mit der zunehmenden Digitalisierung der Verwaltung und der städtischen Infrastruktur beschäftigen. Im Gegenzug wurde der Personal- und Organisationsausschuss aufgelöst. Die Personalangelegenheiten der fast 11.000 städtischen Bediensteten und städtischer Betriebe wurden in den Haupt- und Finanzausschuss überführt. Es ist zu befürchten, dass der Haupt- und Finanzausschuss mit den vielfältigen Angelegenheiten, die dort behandelt werden, vollständig ausgelastet sein wird und die städtischen Personalangelegenheiten dort nicht die Aufmerksamkeit erhalten, die sie benötigen. Diese Befürchtung wird dadurch bestärkt, dass besonders in der Pandemiezeit eine Vielzahl von Themen aus dem Stadtrat in den Haupt- und Finanzausschuss verschoben wird. Ein Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE zum Erhalt des Personalausschusses wurde abgelehnt. So begrüßenswert die Gründung eines Digitalausschusses ist: Der Personalausschuss wird in der politischen Landschaft der Stadt Düsseldorf fehlen.

Bus und Bahn für 30 Euro im Monat

Durch die Corona-Krise kehren viele Menschen Bus und Bahn zugunsten des PKWs den Rücken. Wir denken jetzt schon an die Zeit danach und fordern für eine sozial-ökologische Verkehrswende die Einführung eines Monatstickets für 30 Euro. 1 Euro pro Tag im Monat. Wenn die Verkehrswende für Klimaschutz und Luftreinhaltung wirkungsvoll und nachhaltig realisiert werden soll, müssen der Ausbau von Angebot, Kapazitäten und Qualität erweitert werden. Zusätzlich muss zur vermehrten Nutzung von Bahnen und Bussen Anreize geschaffen werden, die zur Vermeidung von Autofahrten führt. Dieses wird schon erfolgreich in Wien und Hasselt umgesetzt. Auch dort gibt es ein Ticket für 365 Euro im Jahr. Die Verkehrswende wird von allen getragen, deshalb ist eine Umverteilung der Ticket-Kosten sinnvoll. In Wien hat sich die Zahl der Jahresabonnenten mehr als verdoppelt. Es rechnet sich also auch für die Verkehrsbetriebe. Leider wurde unser Antrag für Düsseldorf abgelehnt.

Alter Wein in neuen Schläuchen

Der Schwarz-Grüne Kooperationsvertrag

Fünf Monate nach der Kommunalwahl stand die regierende Koalition im Düsseldorfer Stadtrat fest: Die Christdemokraten und die Grünen bildeten ein „Gestaltungsbündnis für ein zukunftsfestes Düsseldorf“.

Der erste Eindruck nach dem Lesen des Kooperationspapiers ist, dass Grüne und CDU bei vielen Themen einen Kompromiss gefunden haben, jedoch bewusst unkonkret bei der Umsetzung bleiben. ‚Sollen und Wollen‘ anstelle von ‚Wir werden‘ prägen ihr Programm für die nächsten vier Jahre. Ebenfalls werden weder ein Zeitplan noch eine Priorisierung von Maßnahmen geliefert. Die Umsetzung eines Gestaltungsauftrags der Bürger:innen schaut anders aus!

Corona

Zu Anfang thematisiert Schwarz-Grün die Perspektiven während und nach der Corona-Krise:

„Die öffentliche Hand bleibt angewiesen auf das bürgerschaftliche Engagement.“ Sollte die öffentliche Hand sich nicht um die Düsseldorfer:innen kümmern? Doch CDU und Grüne unterstützen hier den jahrelangen Trend der Kommunen, öffentliche Aufgaben nicht ausreichend zu finanzieren und so auf den Einsatz der Bürger:innen zu zählen.

Mobilität, Klima und Umwelt

Das Mobilitätskapitel trägt ganz klar eine grüne Handschrift. So werden viele Maßnahmen für die Stärkung des Radverkehrs aufgezählt, jedoch wird der ÖPNV nicht in der angemessenen Wichtigkeit

thematisiert. Das 365-Euro-Jahresticket für Bus und Bahn und auch das Ziel des kostenlosen ÖPNVs sind vom Tisch. Zu Tempo 30 im Stadtbereich äußert der neue Ratsmehrheit einen Dissens, die auch wohl dieses Thema von der politischen Agenda verschwinden lässt.

Eine Überraschung für so manche Grünen-Wähler:innen wird wohl sein, dass beide Parteien nicht vorhaben, den Ausbau des Flughafens in Düsseldorf zu stoppen.

Ordnung und Sicherheit

Im Bereich ‚Ordnung und Sicherheit‘ hat die CDU sich klar mit ihrem ‚Law and Order‘-Ansatz durchsetzen können. Wie im Wahlkampf versprochen, werden 150 zusätzliche Mitarbeiter:innen beim Ordnungs- und Servicedienst (OSD) eingestellt. Eine inhaltliche Bindung des OSD an den Radverkehr, wie es die Grünen in



ihrem Wahlprogramm forderten, gibt es im Kooperationsvertrag nicht mehr.

Gesundheit und Soziales

Auch im Bereich Gesundheit und Soziales fallen CDU und Grüne nur mit

nichtssagenden Phrasen auf, obwohl die Bedarfe seit Jahren klar sind: Es braucht mehr Unterstützung für Hebammen, Azubis und die Beendigung der Obdachlosigkeit.

In ihrem Wahlprogramm befürworteten die Grünen noch das Projekt „Housing First“, welches Wohnungslosen als ersten Schritt eine eigene Wohnung bereitstellt. Im Kooperationsvertrag ist nur von „Wohnen auf Probe“ die Rede.

Wohnen

Beim Thema Wohnen kommt das Wort „prüfen“ ganze 12 Mal vor. Der Mietensinn in Düsseldorf ist jedoch so akut, dass ‚prüfen‘ zu langsam ist. Hier muss die Stadt sofort intervenieren und eine massive Offensive für bezahlbaren Wohnraum starten.

Zentrales Ziel LINKER Wohnungspolitik ist die vollständige Versorgung der Bevölkerung mit günstigem Wohnraum. Dies dient auch der Beseitigung von Wohnungslosigkeit und der Beseitigung von Armut als Folge hoher Mietpreise.

Zentrale Ziele schwarz-grüner Wohnungspolitik sind dagegen ein „funktionierender Wohnungsmarkt“ und „qualitätsvolles Wohnen“. Es soll Wohnraum „in jeder Preislage, für alle Bevölkerungsgruppen“ entstehen. Das heißt, es sollen also auch teure Wohnungen entstehen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass CDU und Grüne mit ihrem Kooperationsvertrag keine konkreten Handlungsperspektiven aufzeigen und sich durch die schwammigen Zielsetzungen einen Spielraum für ein ‚Weiter so‘ lassen.

Langer Kampf ums „Kurzarbeitergeld“

Forderungen für die VHS-Dozent:innen erfüllt

Zweimal musste die Stadtspitze daran erinnert werden, dass VHS-Dozent:innen Geld zum Leben brauchen – auch während eines Corona-Lockdowns. Beim ersten Lockdown im Frühjahr 2020 wandte sich die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) mehrfach an den damaligen Oberbürgermeister Thomas Geisel und an die Fraktionen im Stadtrat: Die freiberuflichen Lehrkräfte der geschlossenen Düsseldorfer Volkshochschule (VHS) standen mit einem kompletten Verdienstausschlag vor dem finanziellen Ruin. Sie hatten keinen Anspruch auf Hilfen des Bundes oder des Landes.

Die Stadt beschäftigt die Dozent:innen als „Honorarkräfte“. Sie müssen also ohne einen Arbeitnehmeranteil ihre Renten- und Krankenversicherung und alle Jobri-

siken tragen. OB Geisel zog sich in seiner Antwort an die GEW darauf zurück, dass die Stadt formaljuristisch nicht verpflichtet sei, den „freiberuflichen“ Lehrkräften einen Verdienstausschlag zu erstatten.

Auf Antrag der LINKEN beschloss der Stadtrat dennoch – mit einer Mehrheit von LINKEN, Grünen und CDU – Hilfen für die VHS-Dozent:innen: Eine in ihrer Höhe an das Kurzarbeitergeld angelehnte Ersatzzahlung. Der damalige SPD-Oberbürgermeister und die SPD-Ratsfraktion stimmten nicht zu.

Ende 2020 wiederholte sich das Drama für die Dozent:innen. Die Lehrkräfte standen im erneuten Lockdown seit Dezember des Vorjahres ohne Geld da. Inzwischen regierte eine neue, schwarz-grüne Mehrheit im Rathaus. Die GEW wandte sich

im Januar 2021 an den neuen CDU-Oberbürgermeister, Stephan Keller. Die Reaktion war diesmal gleich null.

Darauffin schrieb die GEW alle Fraktionen des Stadtrates an. DIE LINKE antwortete als einzige Fraktion. Nach einem Austausch mit der GEW stellte DIE LINKE am 5. Februar im Stadtrat erneut den Antrag, dass die VHS-Dozent:innen ein „Kurzarbeitergeld“ erhalten sollen.

Die Mehrheit aus CDU/Grünen und OB Keller lehnte den Antrag ab. Die Stadtverwaltung kündigte aber an, aktiv zu werden. Im Februar beschloss dann der Schulausschuss auf Vorschlag der Verwaltung einstimmig, den VHS-Dozent:innen während der coronabedingten Schließungen der Volkshochschule eine 67-prozentige Ausgleichszahlung zu leisten.

Düsseldorfer Betongold

DIE LINKE will städtischen Wohnungsbau statt Investorenförderung

Jeden Monat steigt der Wert von Düsseldorfer Immobilien. Leerstehen lassen oder Verkaufen lohnt sich damit potenziell mehr als Vermieten. Für Mieterinnen und Mieter bedeutet das steigende Mieten, häufige Eigentümerwechsel, den möglichen Verlust der Wohnung. In Düsseldorf fehlen bezahlbare Wohnungen.

Von einer wohnungspolitischen Offensive der neuen schwarz-grünen Ratsmehrheit fehlt jede Spur. In der Haushaltsberatung für 2021 gab es nur von der LINKEN Opposition einen Antrag zur Investition in günstige Wohnungen.

Für 70 Millionen Euro pro Jahr wollte DIE LINKE städtische Wohnungen bauen. Warum städtische Wohnungen? Julia Marmulla, Wohnungspolitikerin und Sprecherin der LINKEN Ratsfraktion: „Wenn die Stadt über ihre Wohnungsbau-Gesellschaft aktiv wird, hat sie kein Gewinninteresse. Die Wohnungen, die dabei entstehen würden, sind keine Anlageobjekte. Was die Mieten auf dem freien Wohnungsmarkt so teuer macht, ist die Profitgier. Von jedem Euro Miete gehen beispielsweise bei der LEG 44 Cents an die Aktienbesitzer, so der Deutsche Mieterbund NRW. Von den Mieten für städtische Wohnungen muss tatsächlich dauerhaft nur der Unterhalt der Wohnungen bezahlt werden. 70 Millionen pro Jahr würden nur einen bescheidenen Anfang erlauben – aber es wäre der Einstieg in die langfristige Zurückdrängung der Spekulanten vom Wohnungsmarkt.“

Der Bedarf ist da: Über die Hälfte der Einwohner:innen haben einen Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein und

damit auf eine Sozialwohnung – aber nur 4,4 Prozent der Wohnungen sind Sozialwohnungen. Und es werden immer weniger, da Sozialwohnungen höchstens 25 Jahre lang preisgebunden sind. Ihre Zahl hat sich zwischen 2005 und 2019 mehr als halbiert. Es bleiben noch ca. 15.000 Sozialwohnungen. Gab es in 2005 noch 34.000 Sozialwohnungen in Düsseldorf, so hat sich der Bestand bis 2019 auf 15.513 mehr als halbiert. Hier könnten städtische Wohnungen mit festgeschriebenem, niedrigen Mietpreisen der Entwicklung entgegensteuern.

Es ist deshalb ernüchternd, dass die Ratsmehrheit diesen Antrag der LINKEN ablehnte. CDU und Grüne verteidigen weiterhin das „Handlungskonzept Wohnen“ (HKW), das nur für neue Bebauungspläne Quoten für landesgeförderten sozialen Wohnungsbau und von der Stadt geförderten „preisgedämpften“ Wohnungsbau vorschreibt. Das einzige Zugeständnis

von Schwarz-Grün an die Wohnungsnot war die Ankündigung in ihrer Kooperationsvereinbarung, die Sozialwohnungsquote des HKW auf 30 Prozent zu erhöhen. Aber würde das reichen, wenn man sich die bisherigen Zahlen anschaut? Das HKW hat zwischen 2013 und 2019 gerade einmal tausend Sozialwohnungen erbracht sowie 1.364 „preisgedämpfte“ Wohnungen. Von den „preisgedämpften“ wurden aber lediglich 189 tatsächlich verwirklicht, ergab eine Anfrage der LINKEN im Wohnungsausschuss im Januar.

„Damit sehen wir, dass das Mantra ‚bauen, bauen, bauen‘ nicht zielführend ist. Erstens entsteht damit kaum neuer bezahlbarer Wohnraum. Zweites gibt es keine Belege dafür, dass neue günstigere Mieten den Preis für bestehende Wohnungen dämpfen. Als LINKE setzen wir deswegen auf Maßnahmen, die bestehende Wohnungen am Ende günstiger machen.“



Was wir brauchen sind preiswerte Wohnungen
Foto: (CC BY-NC 2.0) flickr/Andreas Bock/Campact

Kaufhof Am Wehrhahn?

Ringen um die Zukunft der Kaufhof-Immobilie

Der österreichische Immobilien-Milliardär René Benko hat sich mit dem Kauf der Kaufhausketten Karstadt und Galeria Kaufhof „Filetstücke“ in den deutschen Innenstädten gesichert. Mit den Grundstücken lässt sich besser Geld verdienen als mit den Kaufhäusern. So hat Benko im Oktober 2020 auch den Kaufhof Am Wehrhahn 1 geschlossen und damit 200 Arbeitsplätze vernichtet; jetzt macht sein beauftragtes Architekturbüro Vorschläge für die Nachnutzung.

Die Empörung über die Schließung des Kaufhof hielt bei den meisten Ratsfraktionen nicht lange vor. Einige begeisterte der Vorschlag eines protzigen Opern-Neubaus auf dem Grundstück. Im März empfahl dann die Stadtspitze tatsächlich einen Neubau des Düsseldorfer Opernhauses und nannte den Wehrhahn als möglichen Standort.

Dazu kommentierte Julia Marmulla,

Sprecherin der LINKEN Ratsfraktion Düsseldorf:

„DIE LINKE Ratsfraktion kritisiert, dass die Stadtspitze das Grundstück Am Wehrhahn 1 für den Opern-Neubau überhaupt in Betracht zieht. Immobilienspekulant René Benko würde sich wohl freuen, wenn die Stadt ihm das Grundstück teuer abkauft oder mit ihm eine Partnerschaft eingehen würde. DIE LINKE beobachtet den starken Einfluss Benkos auf die Stadtplanung mit großer Sorge. Vertreter des Kapitals arbeiten nämlich für Kapitalinteressen und nicht für das Wohl der Stadtgesellschaft.“

So fragte die Fraktion nach möglichen Gesprächen zwischen Benko und der Stadtspitze. Die Antwort der Stadt war, darüber führe man keine Statistik.

Jetzt soll die Entscheidung über die Zukunft des Standorts Am Wehrhahn 1 noch in diesem Jahr getroffen werden.

Alle Konzeptvorschläge werden von Benkos beauftragtem Architekturbüro kommen: Die Bjarke Ingels Group ist bekannt für spektakuläre Gebäude.

Vertreter:innen von Politik und Öffentlichkeit dürfen im aktuellen Werkstattverfahren „Empfehlungen“ geben. Dabei kann Benko jederzeit in das Verfahren eingreifen. So war es im Werkstattverfahren zur Zukunft des Heinrich-Heine-Platzes. Den hatte die Stadt noch unter Oberbürgermeister Geisel zusammen mit dem Grundstück Carsch-Haus/Kasernenstraße an Benko verkauft. Die in beiden Fällen zuständige Bezirksvertretung 1 hat deshalb einen Architektenwettbewerb gefordert. DIE LINKE forderte das auch im federführenden Planungsausschuss – die anderen Fraktionen lehnten ab.

DIE LINKE fürchtet deshalb, dass das Werkstattverfahren nur einen sicheren Gewinner kennt – René Benko.

Innenstadt als Lebensort – Ein Tag autofrei

Autofahren in der Düsseldorfer Innenstadt bedeutet oftmals viel Stress. DIE LINKE fordert schon lange, dass die Innenstadt eine autofreie Zone wird. Nicht nur die Entspannung des hektischen Verkehrs ist ein Grund dafür. Auch die Steigerung der Lebens- und Aufenthaltsqualität für Anwohner:innen und andere Verkehrsteilnehmer:innen durch weniger Abgase, Stau und Unfälle spielt eine große Rolle. Im September 2019 gab es einen ersten Test der Utopie einer autofreien Innenstadt: Für einen Tag waren einige Straßen für den Autoverkehr gesperrt und Bus und Bahn fahren war kostenlos. An dem autofreien Sonntag gab es auf den gesperrten Straßen Platz für Nachbarschaftsfeste, Fußgänger:innen und Skater:innen. So wurde der Tag von Stadt und Rheinbahn als voller Erfolg gewertet.

Aus Sicht der LINKEN sollte der Aktionstag in diesem Jahr wiederholt werden, wenn auch coronabedingt nicht als Festtag, sondern als Erweiterung der Flaniermöglichkeiten in der Innenstadt. Deswegen stellte die Ratsfraktion DIE LINKE in der Stadtratssitzung im März 2021 einen Prüfantrag an die Verwaltung, geeignete Tage am langen Osterwochenende für den autofreien Tag zu finden. Der Stadtrat lehnte den Antrag ab und verschloss sich damit neuen Verkehrsversuchen für unsere Stadt.

IMPRESSUM

Rheinblick

Herausgeberin:

Ratsfraktion DIE LINKE.

im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Luegallee 65 · 40545 Düsseldorf

Redaktion:

Meikel Friebe, Inge Heuschen, Kea Detmers, Christian Jäger, Anastasia Kordela, Sophie Würdemann

Tel:

0211 89 95 123

Fax:

0211 89 29 588

email:

info@linksfraktion-duesseldorf.de

web:

www.linksfraktion-duesseldorf.de
facebook: LinksfraktionDuesseldorf

V.i.S.d.P.:

Julia Marmulla

Druck:

Berliner Zeitungsdruck

Auflage:

15.000

Hotels denen, die drin wohnen

Nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie war besonders die Lage von obdachlosen Menschen ungewiss. Die Notschlafstellen mussten kurzfristig umstrukturiert werden: Bei der hohen Ansteckungsgefahr war eine Belegung in Mehrbettzimmern dort nicht mehr denkbar. Auf Druck der Düsseldorfer Initiativen, die sich gegen Obdachlosigkeit und Armut einsetzen, mietete die Stadt Düsseldorf mehrere Hotels im Stadtgebiet an, in denen die Menschen übernachten und sich auch tagsüber aufhalten können. In anderen Städten bekamen sie keinerlei Unterstützung seitens der Kommunen; mehrere obdachlose Menschen verstarben deshalb in diesem Winter auf der Straße. Der Schritt der Düsseldorfer Verwaltung war richtig. Die Sicherheit der (Hotel-)Wohnung gibt Menschen, die sonst auf der Straße leben, erstmals die Möglichkeit, ihr Leben wieder zu organisieren. Wie aus einer Anfrage der LINKEN hervorging, war ein Hotel speziell nur für obdachlose Frauen. Auch an Paare sowie besonders schutzbedürftige Personen wie beispielsweise LGBTQ* wurde gedacht. Die Unterbringung in Hotels ist sehr wichtig, kann aber nur ein erster Schritt sein. Jeder Mensch hat das Recht auf ein Dach über dem Kopf. "Housing First"-Projekte, wie sie in NRW von Fiftyfifty und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband vorangetrieben werden, sind dafür eine Lösung. Deshalb fordert DIE LINKE Ratsfraktion, dass die Hotelunterbringung so lange fortgesetzt wird, bis alle Wohnungslosen über „Housing First“-Projekte Mietverträge erhalten haben. Dann müsste niemand mehr aus dem Hotel zurück auf die Straße.

Vor und hinter dem Vorhang
Rassismus und Diskriminierung in Kultureinrichtungen

Mal ist es die Farbe der Haut, mal der Glaube, mal die Herkunft und mal die Kultur – Menschen werden aus vielen Gründen angefeindet, benachteiligt und angegriffen. Mal passiert es auf offener Straße, mal im Privaten und mal auf der Arbeit.

Beschwerden darüber haben bisher keine Konsequenzen nach sich gezogen. Und das, obwohl es einen Diversity Beauftragten gibt und das Schauspielhaus Programme und Aktionen gegen Rassismus verfolgt und teilweise initiiert. Das reicht offenkundig nicht aus. Das Schauspielhaus hat ein ernstzunehmendes Problem. Nach und nach werden weitere diskriminierende Vorfälle bekannt. Das Theater muss sich seinem strukturellen Rassismus-Problem endlich stellen, dieses aufarbeiten und den Prozess der Diversifizierung intensivieren.

Situation in anderen städtischen Kultureinrichtungen

Auch fragten wir nach, wie die Situation in den anderen Kultureinrichtungen unserer Stadt ist. Die Stadt hat seit 2016 eine AGG-Beschwerdestelle (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz), welche im Gleichstellungsbüro angesiedelt ist. Laut Antwort der Verwaltung sind bisher keine Beschwerden von Mitarbeiter:innen dort eingegangen. Daraus kann allerdings nicht geschlussfolgert werden, dass diese Einrichtungen frei von Rassismus und Diskriminierung sind. Ron Iyamu hat den Stein ins Rollen gebracht, es bleibt abzuwarten, ob sich weitere Personen melden.

Bedrohung für unsere Gesellschaft

Theater als zentraler gesellschaftlicher Akteur hat die Pflicht, Positionen und interne Organisation kritisch zu reflektieren. Rassismus auf und hinter unseren Bühnen darf niemals ignoriert und toleriert werden. DIE LINKE Ratsfraktion wird sich weiter dafür einsetzen, dass sich auch in den Kultureinrichtungen die Zusammensetzung unserer vielfältigen Gesellschaft widerspiegelt. Frei von jeglicher Diskriminierung und jeglichem Rassismus.



Rassismus hat viele Facetten
 Foto: (CCO) unsplash/Yasin Yusuf

Und wie sieht es auf und hinter unseren Theaterbühnen aus? Dort, wo der Anspruch besteht, große gesellschaftliche Fragen zu thematisieren? Da spielt Rassismus auch eine Rolle. Und zwar nicht nur als anzuprangerndes und zu verurteilendes Schauspiel sondern als alltägliche Situation, in der sich Kulturschaffende wiederfinden. Die aktuelle Debatte um Rassismus in Kultureinrichtungen ist nicht neu und entflammte nicht überraschend. Rassismus und Diskriminierung lodern seit Jahren auf allen Bühnen.

Tabuthema Rassismus?

Auch auf und hinter Düsseldorfer Bühnen. Bereits im vergangenen Jahr äußerte sich der am Düsseldorfer Schauspielhaus tätige Schauspieler Ron Iyamu, festes Ensemblemitglied, über eigene rassistische Erfahrungen in seinem direkten Arbeitsumfeld. Rassistische und sexistische Strukturen gehören zum Dauerzustand,

Im Kulturausschuss fragte DIE LINKE Ratsfraktion nach, welche Maßnahmen der Diversity-Beauftragte bisher ergriffen hat. Wir wollten wissen, ob rassistische Diskriminierungen statistisch erfasst werden und wie viele bisher überhaupt angezeigt wurden.

Aus der Antwort ging hervor, dass der Diversity-Beauftragte als Stabstelle der Intendanz arbeitet. Seine Aufgabe sei, das Thema Diversity durch verschiedene Aktivitäten in den Bereichen Programm, Personal und Publikum zu stärken. Rassistische Diskriminierungen bisher: Keine bekannt und deshalb auch nicht statistisch erfasst.



Rassismus bekämpfen - überall
 Foto: (CCO) pixabay/UnratedStudio

Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE möchte mit dem „R(h)einblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen mussten das in den letzten Jahren ebenso erleben wie die Fraktion

DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Der R(h)einblick wird kostenlos verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine E-Mail an die Fraktion DIE LINKE Düsseldorf genügt.

Fraktion DIE LINKE Düsseldorf
 Luegallee 65
 40545 Düsseldorf

info@linksfraktion-duesseldorf.de

oder herunterladen unter:
linksfraktion-duesseldorf.de/rheinblick